

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 26

Erste Beratung

**Standortsuche ergebnisoffen durchführen -
Geologiedatengesetz anpassen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs.
18/5639

während der Plenarsitzung vom 30.01.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir - die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen, die Vertreter des Umweltministeriums, des Landesbergamtes und der Minister - haben uns bereits verschiedene Formationen angesehen, so im letzten Jahr in Finnland kristallines Gestein und vor zwei Wochen erst in Frankreich Tongestein. Salz haben wir an der Stelle selbst, aber - Kollege Kortlang ist darauf eingegangen - dieser Selbstversuch in Niedersachsen scheint fehlgeschlagen zu sein. Das heißt, Niedersachsen hat alle Gesteinsformationen, die denn angeboten werden können.

Wir haben bei unserem Besuch auch festgestellt, dass die Länder allesamt früh zu forschen begonnen haben. Und alle Länder nehmen sich Zeit, viel Zeit, und zwar die Zeit, die es braucht, zu forschen. Allen ist klar: Es ist eine nationale Aufgabe. Die Aufgabe muss jedes Land selber tragen.

Frankreich geht von einer Dauer von 100.000 Jahren aus. Bei uns in Deutschland sind es eine Million Jahre, und in Finnland war es eine halbe Million Jahre. Darum ist es auch richtig, an der Stelle keinen Schnellschuss zu machen. Wir reden über immerhin 1.900 Castoren, über mehrere 100.000 m³ mittel- und schwach radioaktiven Müll, der letzten Endes für eine Million Jahre sicher gelagert werden muss.

Der Endlagerkommission-Fahrplan sieht vor, dass genau im Jahre 2020 Teilgebiete benannt werden sollen. Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete werden repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen für die infrage kommenden Teilgebiete erarbeitet. Auf Basis dieser Ergebnisse und von Ergebnissen einer erneuten Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien sowie der erstmaligen Anwendung von planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien unterbreitet die BGE dann entsprechende Vorschläge, welche Standortregionen überfällig erkundet werden.

Da müssten uns als Niedersachsen die Ohren klingen; denn zum Jahre 2031 - aber das ist mittlerweile schon größte Spekulation - soll ein Standort gefunden werden, und im Jahre 2050 soll das Endlager stehen. Da sage ich Ihnen aber auch: Daran glaube ich nicht mehr. Ich rechne schon mit einer Verzögerung von mindestens zehn Jahren.

Niemand - das muss auch klar sein - möchte diesen Standort vor seiner Haustür haben; auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Die Frage nach der Nutzung der Kernenergie hat Deutschland 40 Jahre lang gespalten. Nun geht es darum: Wohin damit? - Es sind Beteiligungsmöglichkeiten gefunden worden. Aber: Einige Länder scheinen sich nicht daran beteiligen zu wollen; einige Länder ducken sich weg. Ich sage an der Stelle ganz deutlich: Es kann nicht angehen, dass Bayern und Sachsen versuchen, sich der Verantwortung zu entledigen und politisch dementsprechend für sich feststellen: Bayern und Sachsen sind nicht geeignet. - Ihre Bundesländer sind nicht geeignet. Das heißt, sie wollen aus diesem Verfahren aussteigen. Da sagen wir als Niedersachsen: Das können und dürfen wir an der Stelle nicht zulassen.

Wir haben dank des Geologiedatengesetzes in Niedersachsen und NRW eine wirklich sehr gute Datengrundlage, und zwar eine bessere als viele andere Bundesländer. Wir wollen einen Standortvergleich haben, aber auf der gleichen Datengrundlage. Wir wollen uns auch nicht vor der Verantwortung wegducken - wie Bayern und Sachsen. Wir wollen einen wirklich fairen Standortvergleich. Der gewählte Standort muss nachweislich - unbedingt nachweislich - der beste sein. Die Auswahl muss auf der gleichen, gemeinsamen Datengrundlage aller Bundesländer stattfinden. Das ist unser Ziel; das ist das Ziel des Antrags.

Ich höre durchaus schon in der Runde, dass es für diesen Antrag eine breite Zustimmung gibt. Für eine breite Zustimmung wären wir wirklich sehr dankbar; denn bei einer solch existenziellen Frage - auch wenn sie in die Zukunft gerichtet ist - sollte der Niedersächsische Landtag mit großer Mehrheit einen Beschluss fassen.

Über den Standort, egal, wo er dann ist, muss sachlich und fachlich - auf der entsprechenden Datengrundlage - entschieden werden und nicht politisch. Alle Daten und alle Bundesländer müssen an dieser Stelle gleichbehandelt werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich jetzt schon auf die Beratung im Ausschuss. Ich hoffe, dass wir zu einer breiten Mehrheit kommen.

Herzlichen Dank.